

Rede von Sozialsenator Detlef Scheele in der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft am 9. Mai 2012

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Gute Politik für die nachwachsenden Generationen sichert die finanziellen Grundlagen des Gemeinwesens so, dass auch unsere Kinder Gewissheit haben, dass ihnen mindestens die gleichen Gestaltungsspielräume für eine Kinder- und Jugendpolitik verbleiben, wie sie uns heute zur Verfügung stehen. Dazu ist eine Politik zwingend, die haushalterisch sorgsam mit den Finanzen umgeht und keine weiteren Schulden zu Lasten der Kinder- und Jugendlichen anhäuft.

Gleichzeitig muss sie die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte so verbessern, dass der zwingende Konsolidierungsbedarf nicht dazu führt, dass heute Spielräume so verengt werden, dass eine zukunftsorientierte Politik für Kinder- und Jugendliche nicht unzuträglichen Belastungen ausgesetzt wird.

Denn wir wissen doch aus Beispielen, dass die Sozialpolitik immer Verlierer in Haushalten mit überbordender Verschuldung ist. Und vor diesem Hintergrund einer generationenorientierten Verteilungsgerechtigkeit, setzt der Hamburger Senat seine Prioritäten.

Sie wissen, Kinder-, Jugend und Familienpolitik ist der Schwerpunkt des Senats. Dies deshalb, weil eine gute Politik in diesem Bereich die Grundlage für die Chancengleichheit junger Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ist. Und dieser Aspekt der Chancengleichheit ist mithin Kern der Ausrichtung der Politik für Kinder und Jugendliche meiner Behörde.

Deshalb steigen, ich betone: „steigen“ die Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe von 780 auf 890 Mio. zwischen 2011 und 2013. Das ist eine Steigerung um 14%. Ich bitte zu beachten, dass der Haushalt insgesamt nur um 0,88% wächst. Es ist einfach irre und bloße Polemik hier von Kahlschlag oder ähnlichem zu reden. Das Gegenteil ist der Fall.

Wir setzen Prioritäten im quantitativen und qualitativen Ausbau der Krippenplätze. Der Rechtsanspruch ab 2 kommt schon am 1.8., das gibt es nirgends in Deutschland und die Erzieher-Kind-Relation wird zum 1.1.2013 in den Stadtteilen, in denen die Belastung groß ist, deutlich verbessert.

Das Angebot an Kitas ist vorbildlich. Ab 2014 werden wir die fünfstündige Betreuung in Kitas und Krippen kostenfrei stellen.

Die Umstellung der Hamburger Grundschulen auf Ganztagschulen ist in vollem Gange. Auch hier sind wir bundesweit Vorreiter mit der gemeinsamen Gestaltung der Ganztagsbetreuung von Schule und Jugendhilfe in der GBS.

Und wir kümmern uns ganz besonders um den Übergang Schule Beruf. Denn hier verlieren wir zurzeit zu viele junge Menschen. Deshalb werden wir allen Jugendlichen, die die Stadtteilschule verlassen ein Angebot zur Berufsorientierung in Kooperation mit Betrieben anbieten, das ihnen auch über das Ende der Schulpflicht hinaus bis zum 25. Lebensjahr offensteht.

Es gibt zweite und dritte Chancen und mittels Hausbesuchen werden wir auch jene freundlich belagern, die im Moment durch die Maschen des Systems rutschen. Niemand soll ohne aktive Hilfe bleiben und seine Chancen früh verspielen.

Mithin, meine Damen und Herren, Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche, das ist es, was im Mittelpunkt der Politik des Senats und meiner Behörde steht.

Aber Neues kann nur entstehen, wenn Bekanntes auf den Prüfstand gestellt wird und wenn wir konsequent fragen, ob Angebote, die vor Jahren entstanden sind, heute noch richtig sind. Und gleichzeitig ist zu vermeiden, dass die explosionsartige Vermehrung gesetzlicher Leistungen alle zuwendungsfinanzierten Leistungen erdrückt. Freiwillige Leistungen sind ja nicht unnötig oder wirkungslos. Ganz ausdrücklich nicht.

Meine Behörde kehrt jährlich rund 85 Mio. € an Zuwendungen aus. Wenn die gesetzlichen Leistungen weiter so explodieren gibt es bis spätestens 2015 keine zuwendungsfinanzierten Systeme mehr. Auch deshalb ist eine Umsteuerung zwingend.

Damit zu meinem letzten Thema: Ja, wir haben den Bezirken mitgeteilt, dass die Rahmenezuweisungen um rund 10% von 33,6 Mio € auf 30,1 Mio € reduziert werden sollen. Grundlage dafür sind die Eckdatenbeschlüsse des Senats zum Haushalt 2013/14. Denn die Sozialbehörde hat die Konsolidierungsbeiträge ebenso zu erbringen wie alle anderen Behörden. Und darunter fallen auch die Rahmenezuweisungen an die Bezirke.

Aber es handelt sich in Wahrheit nicht um eine Kürzung sondern um eine Umsteuerung zu Gunsten der eingangs genannten Prioritäten unter dem Aspekt Chancengleichheit.

Und wer sich dieser Umsteuerung verweigert kapituliert vor den explodierenden Kosten gesetzlicher Leistungen und will im Ernst nichts für die verbesserte Chancengleichheit zukünftiger Generationen aufwenden – weder Geld noch Anstrengung.

Wir brauchen eine Umsteuerung der in bestimmten Bestandteilen wenig wirkungsvollen gesetzlichen Leistungen in den Sozialraum damit die Wirkung besser wird und die Leistungen finanzierbar bleiben.

Und diesen Umsteuerungsprozess gilt es zu flankieren. Denn die Träger, die sich nun bedroht fühlen, müssen dies keineswegs. Denn wer bisher gute Arbeit gemacht hat, soll das auch weiter tun können.

Was wir daher jetzt brauchen, ist eine neue, eine aktuelle Jugendhilfeplanung, die auf diese veränderten Rahmenbedingungen eingeht. Eine Jugendhilfeplanung nach allen Regeln der Kunst, so wie sie das SGB VIII vorsieht -, die auch bestehende Strukturen und Angebote hinterfragt und nicht einfach fortschreibt.

Und eines haben wir in den letzten Wochen bei der Debatte dieses Themas gelernt: Eine solche Planung hat in den letzten Jahren nur sehr vereinzelt stattgefunden. Jugendhilfeplanung heißt, den Rasenmäher im Schuppen zu lassen. Nicht einfach allen etwas wegzunehmen und damit in der Tat viele zu gefährden. Es heißt auch hier Schwerpunkte zu setzen. Und hierfür haben wir vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen:

1. Wir sorgen für eine vernünftige Mittelausstattung!

Die den Bezirken in diesem Jahr zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich inklusive der Sozialräumlichen Angebote auf 46,5 Mio € und liegen damit 13,1 Mio € über den Ansätzen in 2010. Und auch 2013/14 werden noch mehr Mittel zur Verfügung stehen als 2010. Darüber hinaus ist vorgesehen, die Mittel für Hilfen zur Erziehung in 2013/14 um rund 14 Mio € gegenüber 2012 zu erhöhen. Von Kahlschlag keine Spur.

2. Wir öffnen die Mittel der Hilfen zur Erziehung für die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit!

Dazu machen wir die Mittel aus den gesetzlichen Leistungen der Hilfen zur Erziehung erstmals in vollem Umfang für Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit zugänglich, wenn sie ihre Angebote so umsteuern, dass sie zur Vermeidung förmlicher Hilfen führen. Kinder- und Familienzentren halten solche Angebote doch teilweise bereits heute vor. Hier sind im Mittelvolumen faktisch nach oben keine Grenzen gesetzt.

3. Durch Deckungsfähigkeiten werden wir die Flexibilität erhöhen!

Dazu stellen wir innerhalb der Rahmenzuweisung an die Bezirke die volle Deckungsfähigkeit her. Und wir werden Mittel aus der Zweckzuweisung für Spielhäuser – immerhin 780.000 € - ebenfalls in die Rahmenzuweisung der OKJ einbinden, um insgesamt die planerische und gestalterische Flexibilität vor Ort deutlich zu verbessern.

4. Wir werden das Bildungs- und Teilhabepaket noch besser nutzen!

Wir beraten gerne, wie die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket effektiv mobilisiert werden können. Die Spielräume sind bei weitem nicht ausgeschöpft, wie man aus unserem Zwischenbericht meiner Behörde deutlich sehen kann.

5. Wir werden die Kooperation zwischen GBS und Jugendarbeit weiter verbessern!

Die zweiten runden Tische an den Ganztagschulen haben wir noch vor uns. Die Träger der offenen Kinder und Jugendarbeit müssen aus meiner Sicht strukturierter als bisher eingebunden werden. Hier kommt es aber auch auf die Kooperationsbereitschaft der freien Träger an, die Kooperationspartner der Schulen geworden sind und die die Partner aus dem Sozialraum ins Boot holen müssen. Da gibt es Verbesserungsmöglichkeiten.

6. Und wir werden gezielte Umstrukturierungshilfen nach Abschluss der Jugendhilfeplanung leisten!

Wenn nach Vorliegen der bezirklichen Jugendhilfeplanung zeitliche Disparitäten z.B. zwischen Ausbau der GBS und der Geschwindigkeit der Umstrukturierung in anderen Bereichen bestehen, sichere ich zu, dass es Hilfen und Unterstützung bei dem Veränderungsprozess geben wird.

Ein Wort an die Opposition: Einerseits einen teilweise härteren Konsolidierungskurs fordern und andererseits jeden Veränderungsvorschlag mit dem Vorwurf des Kahlschlags zu geißeln, das geht nicht. Wenn Sie ernst genommen werden wollen und die Kritik kein Ritual sein soll – dann müssen sie schon Alternativvorschläge machen. Und da habe ich bisher wenig gehört. Vielen Dank!